

**Quelle: Handelsblatt**

© Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH, Düsseldorf

Kein Videokrieg

Josef Joffe kritisiert die weltfremde Debatte in Deutschland über den Einsatz von Drohnen.

Drohnen sind billig, ausdauernd und enthemmend. So lautet die Mär vom bequemen Videokrieg im Lehnstuhl. Fünf Millionen Dollar geistern als Stückpreis für den US-"Predator" durch die Medien. Tatsächlich hat das Pentagon 24 Exemplare zum Gesamtpreis von knapp 40 Millionen Dollar für 2013 budgetiert.

Ein Predator kann 14 Stunden lang in der Luft bleiben, doch ein B-52-Bomber schafft es mit Auftanken rund um die Welt. Wenn eine Waffe enthemmt, dann der Bomber, der vor knapp hundert Jahren erfunden wurde, um den direkten Feindkontakt zu vermeiden. Der Pilot lernt erst von den Aufklärungsbildern, was er angerichtet hat. Der Drohnen-Lenker sieht den Horror in Echtzeit.

Im Streit über deutsche Drohnen werden solche Fakten gern zugunsten der höheren Moral ignoriert. Abstandswaffen sind so alt wie der Krieg - siehe David mit seiner Schleuder. Hinter dem Joystick-Killer steht das Bild vom edlen Ritter - Mann gegen Mann. Doch wüteten schon in der Antike das Katapult und das Griechische Feuer. Kanonen, Bomber und Raketen sind allesamt dazu da, den Augenkontakt zu vermeiden und den Angreifer zu enthemmen.

Menschen und Staaten werden bis in alle Ewigkeit Waffen erfinden, die es ihnen "leichter" machen. Die reine Moral aber argumentiert juristisch. Dies sei kein erklärter Krieg gegen Uniformierte, die ein legitimes Ziel abgeben. Vielmehr handele es sich um Verdächtige, deren Schuld erst zu beweisen wäre. Folglich gebühre ihnen ein fairer Prozess.

Freilich basiert die Ableitung auf einem Denkfehler. Diese "kriegsähnlichen Zustände" (Guttenberg) finden auf einem Feld statt, wo das Grundgesetz nicht gilt, geschweige denn durchgesetzt werden kann. Auch greift nicht das klassische Kriegsrecht mit der Unterscheidung zwischen Kombattanten und Zivilisten, weil beide gleich aussehen. Hinzu kommt eine obsoletere Vorstellung vom Krieg. Die letzte Kriegserklärung - Moskau gegen Tokio - fand am 9. August 1945 statt. Der letzte klassische Waffengang - Armee gegen Armee - war der Jom-Kippur-Krieg von 1973.

Im 21. Jahrhundert herrscht die "Asymmetrie". Der Terror - der Mord an Unbeteiligten - hat eine eigene "Abstandswaffe" entwickelt: Der Killer mit der Sprengstoffweste oder der Lkw-Bombe ist nicht der Drahtzieher; der versteckt sich hinter einem Schutzschild von Zivilisten. Haftbefehle können dort nicht vollstreckt werden; ein Richter lässt sich im Swat-Tal Pakistans auch nicht finden. Wer hier Recht und Gesetz einfordert, ehrt zwar die Verfassung, macht sich aber zum wehrlosen Opfer. Ein Staat, der seine Bürger nicht schützt, verstößt gegen seine hehrste Pflicht.

Er könnte einmarschieren, aber das hat andere Kosten: ungeheure Zerstörung. Geopfert werden unzählige Menschenleben auf beiden Seiten. Die moralische Bilanz wird auch durch den Bombenhagel aus großer Höhe (Serbien, Afghanistan, Irak, Gaza, Libanon) nicht besser, obwohl es "nur" die anderen trifft. Das sind nicht die Terrorfürsten, sondern deren zivile Geiseln in den zerbombten Wohnblocks.

Moral hat nicht nur mit reinen Motiven, sondern auch mit Zahlen zu tun. Der gequälte Entscheider muss das geringere Übel wählen. Er muss seine Bürger schützen, darf die anderen aber nicht wahllos umbringen. Präzisionsmunition liefert den Ausweg aus einem Dilemma, wo der Rechtsstaat machtlos bleibt. Wer kann ehrlichen Herzens argumentieren, dass weniger Zerstörung so übel sei wie mehr? Oder dass ein Staat zugunsten von Normen, die vom Terrorkrieger bewusst gebrochen werden, auf Abwehr verzichten müsse?

So weit die Prinzipien. Die Praxis quält noch mehr. Wer darf über die Todeslisten entscheiden? Es gibt keine guten Antworten, nur bessere und schlechtere. Zu den schlechteren gehört ein Geheimdienst wie die CIA, die Kriege im Schatten führt, wo Kongress und Gerichte im Dunkeln tappen. Der Präsident hat

**Quelle: Handelsblatt**

© Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH, Düsseldorf

das letzte Wort, aber inzwischen fordert der Kongress sein Recht ein.

Trotzdem bleibt die Qual. Der Terror führt Krieg mit nicht-militärischen, der Staat Nicht-Krieg mit militärischen Mitteln. Das ist die ultimative Asymmetrie, von der die Verfasser der Genfer Konventionen keinen blassen Schimmer hatten.

Wer handelt, macht sich schuldig, wer nicht handelt, tut es auch. Juristen, die den Rechtsstaat mit der Welt des Terrors verwechseln, haben es leichter.

Der Autor ist "Zeit"-Herausgeber.

Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com.

Josef Joffe